

Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 06.06.2002

Sitzungsort:
Ratssaal, Verwaltungsgeb. II,

Sitzungsdauer:
17.00 Uhr - 18.26 Uhr

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

CDU/FDP

Beigeordneter Roland Riese - Vorsitzender -
Ratsherr Heino Ammersken
Bürgermeister Erich Bolinius
Beigeordneter Helmut Bongartz - für Ratsherrn Reinhard Hegewald -

Ratsfrau Monika Hoffmann
Beigeordneter Heinz-Werner Janßen
Beigeordnete Hillgriet Eilers - für Ratsherrn Franz Melles -

SPD

Ratsherr Bernd Bornemann
Beigeordnete Lina Meyer - für Ratsherrn Jürjen Heinks -
Beigeordneter Horst Jahnke
Ratsherr Richard Janssen - für Ratsherrn Bernd Kalkkuhl
Ratsfrau Marianne Pohlmann - für Beigeordneten Johann Südhoff -

von der Verwaltung

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann
Stadtbaurat Jan Röttgers
Stadtrat Martin Lutz
Städt. Oberamtsrat Heinz Potthast
Stadtamtsrat Heinz Steenhardt
Städt. Oberamtsrat Dieter Mansholt
Stadtoberinspektor Artur Willms als Protokollführer

2 Vertreter der örtlichen Presse

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Riese eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Er weist darauf hin, dass unter TOP 8 durch den Oberbürgermeister eine Mitteilung zur Thematik Sportverein Rot-Weiß Emden erfolgen werde.

Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 06.06.2002

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Herr Riese stellt die Tagesordnung fest.

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift Nr. 5 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation vom 16.05.2002

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 5 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation vom 16.05.2002 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 4: Einwohnerfragestunde

Da keine Einwohner zur Sitzung erschienen sind, entfällt die Einwohnerfragestunde.

Punkt 5: Vorlage 14/218
Beratende Mitglieder im Ausschuss für Kultur und Erwachsenenbildung;
Antrag der SPD-Fraktion vom 08.03.2002

Herr Jahnke erläutert die Vorlage. Er erklärt, dass der Antrag inhaltlich für sich spreche. Die Volkshochschule sei, was die Erwachsenenbildung angehe, die größte Institution in Emden. Der Leiter der VHS habe in der Vergangenheit ein beratendes Mandat innegehabt. Die SPD-Fraktion hält es daher für angebracht, dem Leiter der VHS in der Person von Herrn Eckard wiederum ein beratendes Mandat im Ausschuss für Kultur- und Erwachsenenbildung einzuräumen.

Frau Eilers erklärt, dass bei aller Wertschätzung für Herrn Eckard dennoch Bedenken gegen den Antrag bestehen. Gem. Protokoll vom 26.06.1996 sei beschlossen worden, den Ausschuss aus Kostengründen zu verschlanken. Der Ausschuss habe vorher 8 beratende Mitglieder umfasst. Durch die Verschlinkung des Ausschusses sei das Mindestverhältnis, das die NGO in § 51 Abs. 6 darstellt, umgesetzt worden. Nach § 51 Abs. 6 NGO solle bei den Ausschüssen ein Verhältnis von 2/3 Ratsfrauen bzw. Ratsherren zu 1/3 beratende Mitglieder bestehen. Das Mindestverhältnis sei im Ausschuss für Kultur- und Erwachsenenbildung mit der Zahl von 11 zu 3 gegeben. Im Fall der Erweiterung um das beratende Mitglied, Herrn Eckard, würde das Mindestverhältnis nicht mehr gewahrt sein. Der Antrag der SPD-Fraktion werde daher von der Gruppe CDU/FDP abgelehnt.

Herr Ammersken führt aus, ob der Antrag nicht zweigeteilt werden sollte, wobei es zunächst um die Erweiterung des Ausschusses um ein beratendes Mitglied gehen sollte und als zweiter Schritt die Person behandelt werden sollte.

Herr Jahnke bringt sein Erstaunen über die ablehnenden Ausführungen zum Ausdruck. Auch unter Berücksichtigung der Kostengründe stelle die VHS eine besondere Einrichtung dar. Die Größe der VHS und ihre Leistungen zur Erwachsenenbildung heben sich im Verhältnis zu vergleichbaren Einrichtungen deutlich ab. Es seien Gespräche mit dem VHS-Vorstand geführt worden. Die besondere Situation der VHS sei hierbei der SPD-Fraktion deutlich geworden.

Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 06.06.2002

Frau Eilers entgegnet, dass die Gruppe CDU/FDP der NGO folgen werde. Sie verweist nochmals auf die 1/3 zu 2/3 Regelung der NGO. Sie stellt nochmals fest, dass der Antrag als Gruppe abgelehnt werde.

Herr Riese lässt über den ersten Satz des Antrages der SPD-Fraktion vom 08.03.2002 abstimmen.

Beschluss: Der Ausschuss für Kultur- und Erwachsenenbildung wird um ein weiteres beratendes Mitglied erweitert.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt
Dafür: 5
Dagegen: 7

Punkt 6: Vorlage 14/221
Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 40 i.V.m. § 89 NGO

Herr Lutz erläutert unter Hinweis auf die letzte Sitzung die Vorlage.

Herr Bolinius erklärt, dass der Oberbürgermeister angekündigt habe, zur Thematik Rot-Weiß Emden etwas zu sagen; wenn die angekündigte Aussage dahingehend sein sollte, dass die Mittel für den Sportverein Rot-Weiß Emden wie vorgesehen bereitgestellt würden, werde der Vorlage zugestimmt.

Nach folgender kurzer Diskussion lässt Herr Riese über die Vorlage abstimmen.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden stimmt für das Haushaltsjahr 2002 folgenden über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Vermögenshaushalts zu:

1. Vermögenshaushalt - überplanmäßig -

a) 8820-9321 Grundstücksankäufe	155.000,00 EURO
b) 2170-9530 Bau Werkraum Schule Wybelsum	100.000,00 EURO

2. Vermögenshaushalt - außerplanmäßig -

a) 5100-9855 Investitionskostenzuschuss HSK	256.000,00 EURO
---	-----------------

Ergebnis: einstimmig

Punkt 7: Vorlage T 14/216
Eckdatenbeschluss zum Haushalt 2003

Herr Riese gibt die Leitung der Sitzung an Herrn Ammersken ab, da er selbst zu diesem Tagesordnungspunkt einen Beitrag in die Diskussion erbringen wolle.

Herr Riese erklärt, dass man sich intensiv mit dem Eckdatenbeschluss befasst habe. Der im Eckdatenbeschluss abgesteckte Haushaltsrahmen enthalte diverse Maßnahmen im Hinblick auf eine zunehmende positive Entwicklung der Stadt Emden. In der Begründung zum Eckdatenbeschluss sei allerdings ausgeführt, dass zur Deckung eine Neuverschuldung in Höhe von rd. 3,3 Mio Euro notwendig sei. Wenngleich bezüglich der sehr wichtigen Projekte eine Finanzierung über Dritte mit einfließe, so würde die Stadt gleichwohl eine

Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 06.06.2002

Nettoneuverschuldung eingehen. Herr Riese weist auf die Zinslast im Verwaltungshaushalt von 2 Mio Euro hin. Herr Riese führt weiter aus, dass es daher angebracht sei, keine Nettoverschuldung einzugehen. Er schlägt vor, zum jetzigen Zeitpunkt nicht in die Diskussion einzutreten, sondern eine Arbeitsgruppe zu bilden. Ziel sollte es sein, ohne Steuererhöhungen Einsparungen in Höhe von 3 % im Verwaltungshaushalt festzulegen. Er weist darauf hin, dass die Bezirksregierung den Haushalt 2002 nur mit deutlich erhobenen Zeigefinger genehmigt habe. Darüber hinaus geht Herr Riese auf die im Eckdatenbeschluss genannten Oberziele der Stadt ein. Er erklärt, dass das Ziel "Stärkung der Wirtschaft, Reduzierung der Arbeitslosigkeit auf 6 %" wie folgt als Primärziel präzisiert werden sollte: "Schaffung von Arbeitsplätzen durch Stärkung der mittelständischen Betriebe und Ansiedlung von Handel und Handwerk".

Herr Janßen erklärt, dass der Eckdatenbeschluss eingehend in der Fraktion behandelt worden sei. Er bittet darum, dass der Kämmerer eine Darstellung zu den Zahlen abgibt.

Herr Lutz weist einleitend darauf hin, dass im Eckdatenbeschluss die Betriebe (800er Bereich) nicht im einzelnen aufgeschlüsselt worden seien. Auf Wunsch sei diese Aufschlüsselung noch erfolgt. Die ergänzenden Unterlagen seien im Vorfeld dieses Tagesordnungspunktes an die Ausschussmitglieder verteilt worden. Herr Lutz geht in seiner folgenden Erklärung auf die Prognosen zur Gewerbesteuerberechnung, insbesondere auf die rückläufige Gewerbesteuerschätzung vom Mai dieses Jahres ein, gibt Erläuterungen zur erwarteten Entwicklung bei der Gewerbesteuerumlage, des Anteils der Einkommenssteuer, zur Grundsteuer und Hundesteuer. Bezüglich des Finanzausgleichs erklärt Herr Lutz, dass noch nicht bekannt sei, wie sich die Stadt an den Weniger-Einnahmen des Landes zu beteiligen habe. Außerdem mache der Sozialbereich einen hohen Anteil der Kosten aus. Diesbezüglich habe die Bezirksregierung im Rahmen der Genehmigung des diesjährigen Haushaltes Hinweise erteilt. Die Angelegenheit sei mit der zuständigen Fachbereichsleiterin besprochen worden. Unabhängig davon, welche Maßnahmen in diesem Bereich ergriffen würden, könne man positive Auswirkungen nicht zwingend vorhersehen. Herr Lutz weist zudem auf die nicht absehbaren Erstattungen des Trägers der überörtlichen Sozialhilfe hin.

Des Weiteren macht er deutlich, dass einige Budgets fast ausschließlich aus Personalkosten bestehen. Insgesamt betrachtet sei im Zusammenwirken mit den Fachbereichsleitern der größte Teil der Einsparmöglichkeiten im Eckdatenbeschluss berücksichtigt worden. Der vorliegende Eckdatenbeschluss basiere somit auf verlässlichen Planzahlen. Sollten am Ende dieses Jahres Haushaltsreste verfügbar bleiben, seien die Fachbereiche im Jahre 2003 aufgrund der knappen Ansätze auf diese angewiesen.

Herr Bolinius weist auf Pressemitteilungen hin, wonach das Heim für Demenzkranke in Borssum, das voraussichtlich im August den Betrieb aufnimmt, für die Stadt eine jährliche Belastung von 800.000,- Euro bedeuten werde und bittet um Auskunft, ob diese Zahl bestätigt werden könne.

Herr Lutz entgegnet, dass der Wert als Bruttobetrag realistisch sei. Zu berücksichtigen seien aber die Erstattungen des Landes in nicht bekannter Höhe, was die Kosten des überörtlichen Trägers angehe. Pauschale Zuweisungen seien eingerechnet worden.

Herr Brinkmann weist darauf hin, dass im Rahmen des Eckdatenverfahrens mit den Fachbereichsleitern bereits deutliche Einsparungen ausgehandelt worden seien. Im vorliegenden Eckdatenbeschluss mache dies bereits eine Summe von rd. 3 Mio Euro aus. Eine noch weitergehende Einsparung würde dramatische Auswirkungen nach sich ziehen. Herr Brinkmann nennt in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit eines Einstellungsstopps, und zwar nicht nur begrenzt auf dieses Jahr. Aus dem vorliegenden Budgetansatz 2003 noch weitere rd. 3,3 Mio Euro herauszustreichen, halte er für unrealistisch. Herr Brinkmann macht deutlich, dass die Auswirkungen weiterer Einsparungen

Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 06.06.2002

der Rat und nicht er zu tragen habe.

Herr Janßen nimmt Bezug auf die Ausführungen von Herrn Lutz, was den Sozialhilfebereich angeht. Er erklärt, dass im Falle des Zuzugs eines Sozialhilfeempfängers die abgebende Gemeinde die Sozialhilfeleistungen noch 2 Jahre zu tragen habe und stellt die Frage, ob dies kontrolliert werde. Außerdem führt Herr Janßen aus, dass nach seinem Kenntnisstand ein Sozialhilfeempfänger nicht gleichzeitig Halter eines Autos sein könne. Herr Janßen möchte wissen, ob dies kontrolliert werde, wobei er aber gehört habe, dass es datenschutzrechtliche Probleme gebe. Des Weiteren geht Herr Janßen auf den im Eckdatenbeschluss genannten Wert der Gehaltssteigerung in Höhe von 2,6 % ein und stellt die Frage, ob dieser Wert nicht zu optimistisch gestimmt sei. Der Betrag von 600.000,- Euro für die Jugendförderung, die Wirtschaftsförderung und für die Aufwertung der Innenstadt wird von Herrn Janßen als interessant und richtig dargestellt. Zum genannten Wirtschaftsziel laut Eckdatenbeschluss stellt sich für Herrn Janßen die Frage, ob dies für eine Kommune mit ihren begrenzten Mitteln ein realistisches Ziel sein könne oder diesbezüglich nur Hoffnungen geweckt würden.

Herr Lutz erläutert, dass z.Z. eine Arbeitslosenquote von etwa 11 % gegeben sei. Mit den beabsichtigten Projekten, insbesondere dem Industriepark Frisia, seien in Richtung der Schaffung von Arbeitsplätzen die richtigen Schritte getan, um die angestrebte Quote zu erreichen. In diesem Zusammenhang weist Herr Lutz ergänzend auf die von der Wirtschaftsförderung entwickelten Förderungsrichtlinien als positiven Aspekt hin. Er stellt klar, dass das Ziel 6 % schwierig zu erreichen sei. Man habe es sich aber nicht zu einfach machen wollen und z.B. einen Wert von 9 % angesetzt. Zu den Personalkosten erklärt Herr Lutz, dass die Kalkulation vor dem Abschluss im Metallgewerbe erfolgt sei. Bei der Kalkulation sei davon ausgegangen worden, dass für den öffentlichen Dienst vermutlich auf eine Steigerung von 3 % gedrängt werde. Außerdem sei berücksichtigt worden, dass Gehaltssteigerungen im Beamtenbereich regelmäßig später erfolgen. Hiervon ausgehend sei eine lineare Steigerung von 2,6 % als Prognose zugrundegelegt worden. Herr Lutz merkt an, dass in den Gesprächen mit den Fachbereichsleitern die Thematik der nicht Wiederbesetzung freiwerdender Stellen angesprochen worden sei. Unter Berücksichtigung der hieraus resultierenden Einsparungen bei den Personalkosten ergebe sich ein tatsächlicher Steigerungswert von 2,36 %. Zum Sozialhilfebereich bestätigt Herr Lutz die von Herrn Janßen genannten erheblichen datenschutzrechtlichen Probleme, die einer Prüfung bedürfen. Außerdem erläutert Herr Lutz die 5 Möglichkeiten zur Refinanzierung von Sozialhilfeleistungen und verweist auf weitere Gespräche mit der Fachbereichsleiterin.

Herr Jahnke erklärt, er sei überrascht über die Ausführungen von Herrn Riese. Es seien keine bahnbrechenden Neuerungen zu erkennen. Von der SPD seien im Hinblick auf eine positive Entwicklung der Stadt Emden die Weichen gestellt worden. Die in Rede stehenden Projekte, insbesondere das Frisiagelände seien Chancen, um Arbeitsplätze zu schaffen, und zwar im Wesentlichen auf der Ebene der kleinen und mittelständischen Betriebe. Herr Jahnke macht deutlich, dass bewusst eine Verstärkung der Wirtschaftsförderung in finanzieller und personeller Hinsicht vorgenommen worden sei. Zu nennen sei darüber hinaus das Emdener Gründerinnenzentrum und im Sozialbereich die Bereitstellung einer zusätzlichen Kraft, um Missbräuche aufzudecken. Herr Jahnke macht deutlich, dass ein ausgeglichener Haushalt vorliege und verweist auf die wichtigen Großprojekte. Es sei gefährlich, 3,4 oder 5 % einzusparen, vielmehr müsse das Sparen mit Augenmaß erfolgen. Herr Jahnke weist darauf hin, dass im Wirtschaftsplan des BEE nicht viel drin stehe, gleichwohl müsse aber z.B. im Straßenbau weiter investiert werden. Herr Jahnke bringt zum Ausdruck, dass einer pauschalen Kürzung nicht zugestimmt werde.

Herr Bongartz erklärt, dass alles gesagt sei und der Eckdatenbeschluss zurück an die Fraktionen gegeben werden sollte, um dort erneut behandelt zu werden. Er weist auf die Aussage im Wahlprogramm hin, wonach im Falle eines nicht gedeckten Haushalts keine Neuverschuldung zum Tragen kommen dürfe. Dies könne nicht eingehalten werden, wenn

Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 06.06.2002

im Eckdatenbeschluss von einer Nettoneuverschuldung von 3,3 Mio Euro ausgegangen werde. Herr Bongartz bezweifelt, dass das Land keine Mittelkürzung vornehmen werde und ist der Meinung, dass die Zuweisungen nicht in der erwarteten Höhe fließen werden. Wenn überhaupt eine Nettoneuverschuldung zu Tragen kommen soll, müsse eine Perspektive bestehen, wie mit dieser umgegangen werde. Herr Bongartz stellt die Frage, was der Regierungspräsident hierzu sage.

Herr Lutz erläutert, dass der Verwaltungshaushalt ausgeglichen sei. Die gesetzliche Pflichtzuführung an den Vermögenshaushalt sei ausgewiesen. Die in Rede stehende Nettoneuverschuldung sei vor dem Hintergrund der angeschobenen Investitionen zu sehen. Von Seiten der Bezirksregierung werde die Nettoneuverschuldung akzeptiert. Die Bezirksregierung habe erkannt, dass die Stadt zur positiven Entwicklung der Stadt Emden etwas in die Wege geleitet habe, und zwar mit eigenen Mitteln, aber auch unter Einbindung von Mitteln des Bundes und des Landes.

Herr Brinkmann bringt zum Ausdruck, dass sich der Verwaltungshaushalt ausgeglichen darstelle, d.h. durch Einnahmen gedeckt sei. Was die Verschuldung der Stadt angehe, so stehe die Stadt Emden am unteren Ende der Rangliste. Herr Brinkmann weist im Falle weiterer Einsparungen auf die damit verbundenen erheblichen Auswirkungen im Vermögenshaushalt hin. Die besagten Projekte seien dann nicht mehr realisierbar. Die Bezirksregierung habe diesbezüglich aber keine Bedenken geäußert. Selbstverständlich seien Projekte wie Verkehrskreisel oder die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes unter dem Begriff Nettoneuverschuldung zu sehen. Wenn dies nicht gewollt sei, müsse dies gesagt werden, dann entfielen aber auch die Landes- und Bundesmittel. Weitere Einsparungen hätten darüber hinaus Auswirkungen, insbesondere auf Jugendeinrichtungen und den Sport. Außerdem könnten keine Stellen wiederbesetzt werden, wobei im Rahmen der Personalplanung bereits zum Teil schmerzliche Einschnitte berücksichtigt worden seien. Herr Brinkmann appelliert an Herrn Riese, in sich zu gehen und die Thematik nochmals zu überdenken. Ansonsten habe er, Herr Riese, die dann folgende Diskussion mit den Jugendverbänden und den Bürgern zu bestreiten. Herr Brinkmann macht deutlich, für den Fall, dass weitere Einsparungen beschlossen würden, diese eingehalten würden, es seien aber neuerliche Gespräche mit den Fachbereichsleitern notwendig.

Herr Riese erklärt, dass ihm die Gespräche mit den Fachbereichsleitern nicht verborgen geblieben seien. Dies gelte auch bezüglich der Personalentwicklung. Die Ausweisung der 600.000,- Euro im Eckdatenbeschluss für die Wirtschaftsförderung, die Förderung der Jugend und der Aufwertung der Innenstadt wird von Herrn Riese als positiver Aspekt gesehen. Dennoch sei es notwendig, einzelne Maßnahmen einer Prüfung zu unterziehen und kleinzurechnen.

Herr Jahnke äußert erneut seine Verwunderung. Er weist auf die Seite 4 des Eckdatenbeschlusses hin und hebt die Einwerbung von Mitteln für das Frisiagelände hervor, hier sei jede Mark vernünftig investiert. An Herrn Bongartz richtet er die Frage, welche Maßnahmen nicht gewollt seien; es kursierten Gerüchte, wonach der Kreisel in Borssum und der Umbau des Bahnhofsvorplatzes nicht mehr gewollt seien.

Herr Bongartz entgegnet, dass man sich sehr wohl bewusst sei, über was man rede. Die Meinungsbildung sei aber noch nicht abgeschlossen. Seit 3 Jahren werde der Umbau des Bahnhofsvorplatzes vorangetrieben, seit 3 Jahren höre man aber dasselbe.

Herr Brinkmann erklärt hierzu, dass die Maßnahme anstehe.

Herr Bongartz stellt die Frage nach einer Realisierung des Kreisels bei VW. Er habe gehört, dass es auch im Jahre 2003 keinen Kreisel beim dortigen Gewerbegebiet geben werde und sich der Kostenaufwand verdoppelt habe. Herr Bongartz stellt die Frage, ob dies zutreffend

Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 06.06.2002

sei. Der VW-Kreisel habe höchste Priorität. Herr Bongartz stellt die Frage, ob der Kreisel durchfinanziert sei und wie.

Herr Röttgers erläutert, dass bei einer Planung mittels eines externen Planers von diesem immer ein optimaler Zustand als Ergebnis eingebracht werde. Es sei dann in zeitaufwendigen Verhandlungen erforderlich, die Planungen mit den verfügbaren Mitteln in Einklang zu bringen. Herr Röttgers erklärt, dass die erforderliche Summe finanziert sei. Die Maßnahme sei antragsfertig im Rahmen des beschlossenen Finanzplanes. Dies gelte auch für den Bahnhofsvorplatz. Es bestehe eine gute Chance, dass es im nächsten Jahr losgehe, wengleich das Bahnhofsgebäude wohl nicht in einer Form umgebaut werde, wie man es sich wünsche.

Herr Bongartz entgegnet mit der Frage, ob nur die Chance bestehe, dass es losgehe oder ob es wirklich losgehe. Dies gelte auch bezogen auf den VW-Kreisel. Er macht deutlich, dass diesbezüglich große Sorge gegeben sei. Herr Bongartz hält es für wichtig, dass der Rat informiert werde.

Herr Brinkmann erklärt, dass Herr Lutz alle Fraktionen zur Haushaltsthematik informiert habe und macht deutlich, dass der in den Haushalt eingebrachte Kreisel auch finanziert sei. Bezüglich der Maßnahme seien aber noch keine Mittel ausgegeben worden, so dass noch keine Nettoneuverschuldung vorliege. Mit dem Projekt Frisiagelände und den übrigen Projekten wolle man zeigen, dass etwas für die Entwicklung der Stadt Emden geleistet werde. Dies seien langwierige Bemühungen. Herr Brinkmann stellt heraus, dass sämtliche Projekte des Vermögenshaushalts am vergangenen Montag auf dem Prüfstand gestanden hätten. Er verkenne nicht, dass es das originäre Recht des Rates sei, die Haushaltsmittel bereitzustellen. Wenn jedoch weitere Einsparungen beabsichtigt seien, habe er die Pflicht, auf die Auswirkungen hinzuweisen, Auswirkungen der Gestalt, dass die Projekte wegfallen würden.

Herr Bongartz bestätigt die gute Information durch Herrn Lutz. Informationen zu wichtigen Themen seien ihm wichtig. Bei einem höheren Mittelbedarf für den VW-Kreisel wäre dieser Maßnahme eine andere Priorität eingeräumt worden. Die jetzigen Aussagen zu diesem Bereich sind für Herrn Bongartz erstaunlich. Die Aussage, dass die Finanzierung stehe, werde man in die weiteren Überlegungen einfließen lassen.

Herr Röttgers gibt Erklärungen zum Ablauf der langwierigen und umständlichen Planung.

Herr Janßen erklärt, dass nach der Information durch Herrn Lutz im Nachhinein naturgemäß noch Fragen aufgetreten seien und es das legitime Recht sei, diese Fragen bis zur Ratssitzung einzubringen.

Herr Bornemann schließt sich den Ausführungen von Herrn Jahnke zum Eckdatenschluss an.

Herr Riese meint, dass ein abschließendes Ergebnis zum Eckdatenbeschluss anlässlich dieser Sitzung nicht erzielt werden könne und verweist auf die Ratssitzung am 19.06.2002. Die Nettoneuverschuldung auf null zu begrenzen, formuliert Herr Riese als nach wie vor bestehendes Ziel. Dieses Ziel sollte gemeinsam angestrebt werden. Er bemängelt in diesem Zusammenhang die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen durch die höheren Ebenen.

Herr Lutz fasst zusammen, dass die Mittel für den VW-Kreisel im Jahr 2003 ausreichen. Er nennt nochmals die Großprojekte Soziale Stadt Barenburg, Frisia (Sanierung, Erschließung), Feuerwehr Widdelswehr/Petkum, Grundschulen, Alter Binnenhafen, Verkehrskreisel, Umbau Rathaus und Bahnhofsvorplatz und die damit einhergehende Nettoneuverschuldung, für die

Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 06.06.2002

jedoch unter Berücksichtigung der Kofinanzierung die Zustimmung von Seiten der Bezirksregierung vorliege.

Herr Bolinius richtet an Herrn Jahnke den Hinweis auf die intensiven 7seitigen Ausarbeitungen zum Eckdatenverfahren im Vorfeld dieser Sitzung. Die Zeit habe allerdings nicht ausgereicht, es seien vielmehr noch diverse Gespräche notwendig. Sein Vorschlag sei daher, die Angelegenheit nochmals in den Fraktionen zu beraten und den Eckdatenbeschluss 2003 dann im Rat am 19.06.2002 zu behandeln. Den Vorwurf von Herrn Jahnke, bei den Beratungen sei wenig herausgekommen, weist Herr Bolinius abschließend zurück.

Beschluss: Der Eckdatenbeschluss zum Haushalt 2003 wird vor endgültiger Beschlussfassung im Rat an die Fraktionen verwiesen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 8: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Brinkmann erklärt, dass eine Zuschussgewährung in Höhe von 27.000 Euro an den Sportverein Rot-Weiß Emden für die Verlagerung des Sportplatzes erfolgen werde.

Herr Lutz erklärt hierzu, dass der Sportverein diesbezüglich in Kürze eine Mitteilung erhalten werde. Da öffentliche Mittel bereit gestellt würden, werde ein Hinweis bezüglich einer zusätzlichen Nutzung des Sportplatzes erfolgen. Nach einer kurzen Diskussion wird klargestellt, dass es sich hierbei um eine Mitnutzung durch die "Miami-Tigers" handelt.

Herr Richard Janssen gibt zur Mitnutzung zu bedenken, dass der Sportverein Rot-Weiß Emden schuldlos an der bestehenden Situation sei.

Herr Lutz weist nochmals auf die Bereitstellung öffentlicher Mittel hin.

Punkt 9: Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.